



1

<sup>1</sup> Quelle: <https://de-academic.com/dic.nsf/dewiki/2268076>



Burg Kollmitz (Niederösterreich)<sup>1</sup>, 1672



Burg Kollmitz, heute<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Quelle: Wikipedia, [https://de.wikipedia.org/wiki/Burgruine\\_Kollmitz](https://de.wikipedia.org/wiki/Burgruine_Kollmitz)

<sup>2</sup> Foto: Michael Ambrosch, [http://kollmitz.at/Ruine\\_Kollmitz/Luftaufnahmen/Kollmitz\\_Luftaufnahme\\_3.htm](http://kollmitz.at/Ruine_Kollmitz/Luftaufnahmen/Kollmitz_Luftaufnahme_3.htm)

# Übersicht über das Steuersystem

## Steuern mit Steuern?

In der Geschichte haben sich Regierende schon unzählige Arten von Steuern einfällen lassen. Die Bartsteuer in Russland (17. Jahrhundert) und die Dachsteuer in Österreich-Ungarn (18. Jahrhundert) sind nur zwei davon. Im alten Ägypten kam die „Nilschlammsteuer“ nach Überschwemmungen des Nils zum Tragen, in der Zeit des Barock die „Perückensteuer“ in Preußen sowie im US-Staat Virginia die „Feuerwerkssteuer“. Steuern existieren auch auf kommunaler Ebene. In Wuppertal wurde zwischen 1951 und 1953 eine „Höhensteuer“ für die Fahrt mit der örtlichen „Schwebebahn“ erhoben. Und die Stadt Essen wollte im Jahr 2011 eine „Bräunungssteuer“ auf Sonnenbänke einführen (nach Protesten wurde dann doch davon abgesehen).



### 1. Aufgabe

- a) Welche Steuerarten in Deutschland kennen Sie?
- b) Welche davon, denken Sie, hat das größte Aufkommen für den Staat?
- c) Wer kann Steuern erheben?



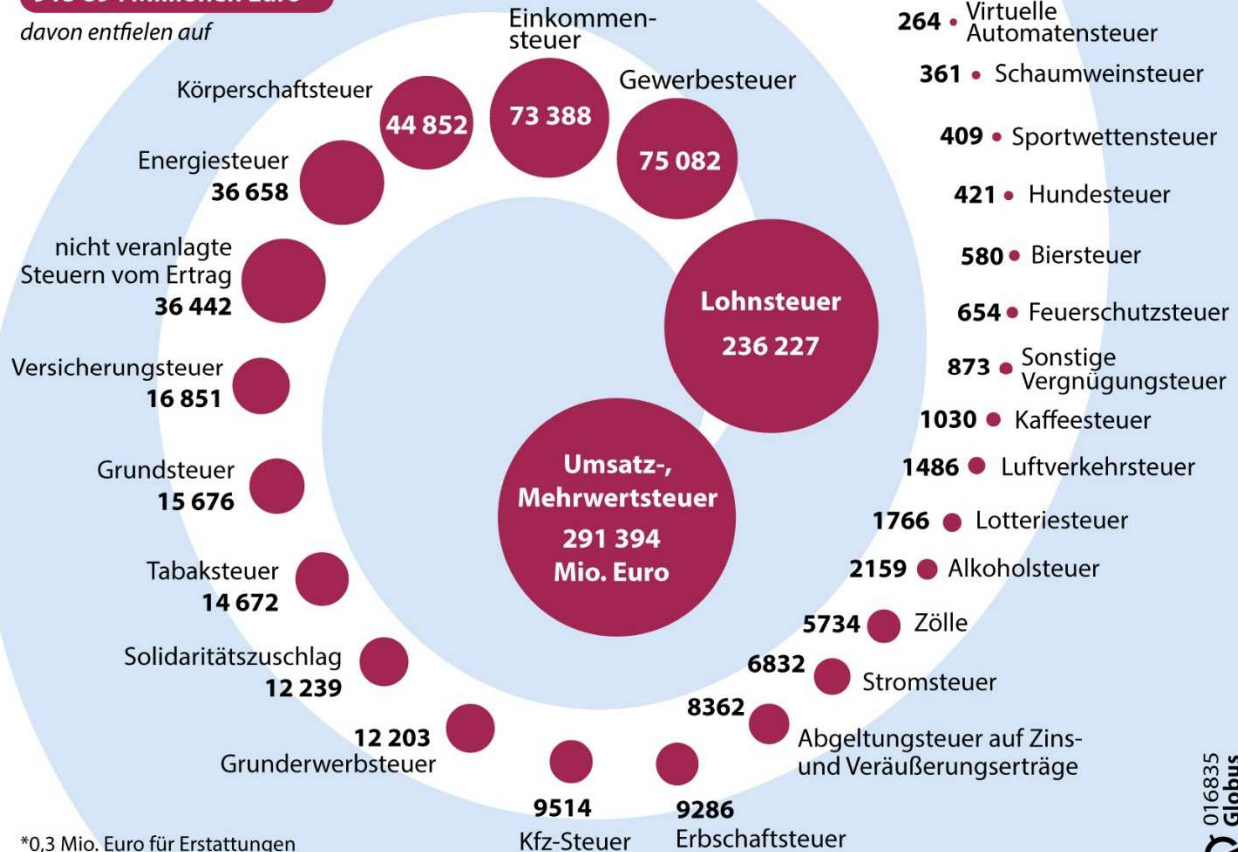
# Steuerarten in Deutschland

## Steuerspirale 2023

Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden

**915 894 Millionen Euro\***

davon entfielen auf



\*0,3 Mio. Euro für Erstattungen aus der Vermögensteuer bereits abgezogen

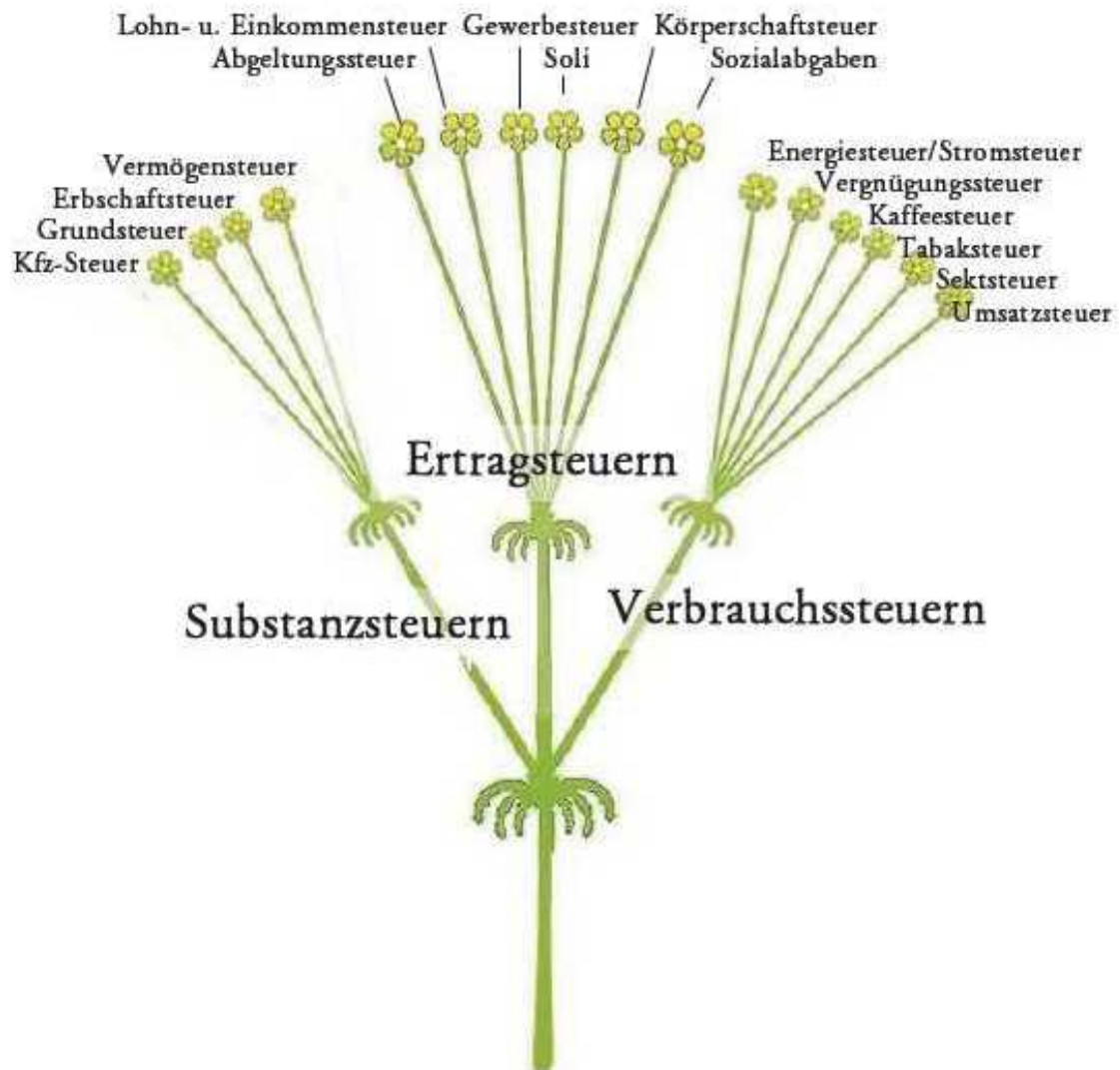
Quelle: Bundesfinanzministerium

IG 016835  
Globus

## 2. Aufgabe

- Erläutern Sie die Grafik.
- Berechnen Sie den Anteil der zehn kleinsten Steuern (Kaffeesteuer bis sonstige Steuern) am Gesamtaufkommen des deutschen Staates.
- Wie hoch ist der Anteil der Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer am Gesamtaufkommen? Wie hoch der Anteil der Lohnsteuer?

## Kategorien der Steuererhebung



Grundlegend ist der Unterschied zwischen Substanzsteuern, Ertragsteuern und Verbrauchsteuern. In die folgenden drei Kategorien lassen sich alle gängigen Steuerarten einteilen.

- *Substanzsteuern*: Eine Steuer auf das *Eigentum* an einem Gut wird mit einer Steuer belegt. Dabei spielt es keine Rolle, ob das Gut privat oder beruflich zur Einkommenserzielung genutzt wird (allerdings gibt es Freibeträge bei beruflicher Nutzung, die in der Steuererklärung anfallen können). Die Vermögensteuer wird in Deutschland nicht mehr erhoben, bei der Erbschaftsteuer existieren Freibeträge, unterhalb derer nicht besteuert wird. Die Steuersätze der Grundsteuer auf Land und die Kfz-Steuer auf das Halten eines Kraftfahrzeugs unterscheiden sich gemäß bestimmten Aspekten wie Schadstoffklasse bzw. Nutzungsart des Grundstücks.

- **Ertragsteuern:** Die Steuer fällt nur an, wenn ein *Einkommen* aus einer bestimmten Quelle erzielt wird. Die bekanntesten Beispiele sind Lohn- und Einkommensteuer, die von privaten Steuerpflichtigen erhoben werden (dabei existieren allerdings Freibeträge). Kapitalgesellschaften zahlen 15% auf ihre Gewinne. Kapitalerträge auf Finanzanlagen von Privatpersonen werden mit 25% unabhängig vom individuellen Einkommen als Abgeltungsteuer erhoben. Auf ihre Gewinne zahlen Gewerbe außerdem die Gewerbesteuer, die zwischen der Kommune ihres Firmensitzes und dem Bund geteilt wird. Seit 2009 beträgt die bundesweit einheitliche „Gewerbesteuermesszahl“ 3,5%. Kommunen erheben darüber hinaus einen Hebesatz. Bsp.

Bsp.: Ein Hebesatz von 100% bedeutet, dass der zu zahlende Gewerbesteuersatz 7% beträgt: 3,5% für den Bund, 3,5% für die Kommune. Beträgt der Hebesatz 200%, gehen 3,5% des Gewinns an den Bund und 7% an die Kommune. Insgesamt beträgt der Gewerbesteuersatz also 10,5%.

Die sogenannten Hebesätze auf die Gewerbesteuermesszahl werden von den Kommunen festgelegt und reichen von 200% bis 900%. Die Regel ist 300-500%. Durch den Hebesatz konkurrieren die Kommunen als Standorte für Unternehmen.

- **Verbrauchssteuern:** Die Steuer fällt bei Kauf bzw. *Nutzung* eines bestimmten Gutes an. Umsatzsteuer wird auf alle Güter und Dienstleistungen erhoben (Ausnahmen existieren, z.B. Finanzanlagen sind von der Umsatzsteuer befreit), sonstige Verbrauchssteuern, wie z.B. die Kaffeesteuern, naturgemäß auch nur auf den Kauf von Kaffee. Der Konsument ist sich der Steuern in der Regel nicht bewusst, da sie mit Ausnahme der Umsatzsteuer beim Kauf nicht gesondert ausgewiesen werden müssen. Mineralölgesellschaften haben in den vergangenen Jahren allerdings immer wieder in Pressemeldungen oder Kampagnen die Höhe der inbegriffenen Energiesteuer (“Ökosteuer”) offengelegt. Dafür hatten sie allerdings eher politische Gründe.

### 3. Aufgabe

#### a) Ordnen Sie die Steuerarten den jeweiligen Kategorien der Erhebung zu.

*Lohnsteuer – Grundsteuer – Umsatzsteuer – Schaumweinsteuer – Kapitalertragsteuer – Energiesteuer – Erbschaftsteuer- -Lotteriesteuer – Grunderwerbsteuer – Solidaritätszuschlag – Biersteuer – Abgeltungsteuer – Körperschaftsteuer – Versicherungssteuer – Gewerbesteuer.*

| Verbrauchssteuern | Ertragsteuern | Substanzsteuern |
|-------------------|---------------|-----------------|
|                   |               |                 |

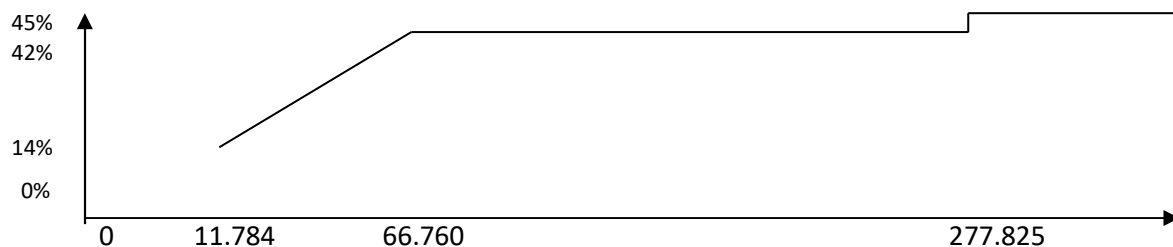
- b) Der Streit um Steuern ist ein Dauerthema in der Gesellschaft. Sie sind zur Finanzierung von Staatsaufgaben unentbehrlich, doch jede Steuer hat Vor- und Nachteile und führt sehr schnell zum Protest der Betroffenen. Recherchieren Sie die folgenden Fälle und beschreiben Sie, weshalb es Streit um die Steuer gibt.
- b1) Schauen Sie folgenden Fernsehbeitrag.  
<https://programm.ard.de/TV/Themenschwerpunkte/Dokus--Reportagen/Alle-Dokumentationen/Startseite/?sendung=281114000099995>
- b2) Lesen Sie folgenden Zeitungsbericht.  
<https://www.welt.de/wirtschaft/article175318878/Grundsteuer-Bemessung-verfassungswidrig-laut-Bundesverfassungsgericht.html>
- b3) Lesen und hören Sie folgende Beiträge.  
<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/zew-mehrwertsteuer-restaurants-ungerecht-100.html>
- c) Beurteilen Sie die Verteilungswirkungen (sozialen Auswirkungen) der Steuerkategorien.
- d) Steuern können auch Lenkungswirkung haben. Zeigen Sie diese am Beispiel von Steuern auf Tabak- und Kfz-Steuer auf.
- e) Wie damals bei der Dachsteuer in Österreich reagieren Steuerpflichtige auf Steuern mit Ausweichreaktionen, teils erwünscht, teils unerwünscht. Zeigen Sie diese auf im Falle der Gewerbesteuer sowie der Energiesteuer.
- f) Bei welchen Steuern sind Ausweichreaktionen der Steuerpflichtigen am wenigsten zu erwarten?

## Steuergerechtigkeit

# Steuerprogression bei der Einkommensteuer

In Deutschland wird bei Lohn- und Einkommensteuer ein progressiver Steuertarif angewendet. Die Idee geht auf das Kommunistische Manifest von Karl Marx und Friedrich Engels zurück. Sie sieht vor, dass der vom Einkommen abzuführende Prozentsatz mit der Höhe des Einkommens steigt. Geringverdiener werden weniger belastet als Hocheinkommensbezieher, da sie einen größeren Anteil ihres Einkommens für die Befriedigung von Grundbedürfnissen einsetzen müssen. Hocheinkommensbezieher hingegen werden gemäß dem Leistungsfähigkeitsprinzip mit einem höheren Prozentsatz ihres Einkommens an der Finanzierung des Staates beteiligt. Ziel dieser Steuerprogression ist Steuergerechtigkeit.

Deshalb ist das Existenzminimum (2024: 11.784 €/ Jahr) steuerfrei. Auf diesen Grundfreibetrag muss keine Einkommenssteuer gezahlt werden. Erst für den Lohn, der den Grundfreibetrag überschreitet, wird Einkommenssteuer fällig. D.h. jeder Euro, der den Grundfreibetrag von 11.784 € überschreitet, wird besteuert. Dabei beginnt der Steuersatz mit einer Höhe von 14 % („Grenzsteuersatz“) und steigt mit steigendem Einkommen linear (gerade) bis zum Spitzensteuersatz von 42%. Dieser Spitzensteuersatz gilt allerdings erst für Einkommen über 66.760 Euro im Jahr. Ab dieser Einkommensgrenze steigt der Steuersatz nicht weiter an, ab 277.825 Euro macht er noch einmal einen Sprung (sogenannte „Reichensteuer“).



Ausschlaggebend für die Höhe der Steuern ist allerdings nicht nur das Einkommen, sondern noch weitere individuelle Lebensbedingungen. So werden z.B. Menschen die verheiratet sind und/ oder Kinder haben, auf dem Wege unterschiedlicher Steuerklassen mit weniger Steuern belastet, als Singles und Kinderlose.

#### 4. Aufgabe

- Welches Einkommen ist steuerpflichtig, wenn es 20.000 Euro brutto im Jahr beträgt?
- Welches Einkommen ist steuerpflichtig, wenn es 300.000 Euro im Jahr beträgt?
- Wieviel Einkommen-/Lohnsteuer genau zahlt man auf ein Jahreseinkommen 11.605 Euro?





Dr. Stefan Bach, wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Staat am DIW Berlin

INTERVIEW MIT STEFAN BACH

»Die Steuerbelastung ist insgesamt erstaunlich gleichmäßig.«

1. Herr Bach, das DIW Berlin hat in Zusammenarbeit mit der FU Berlin die Verteilungswirkungen des deutschen Steuer- und Abgabensystems analysiert. Welche Einkommensgruppe in Deutschland trägt am meisten zum Einkommensteueraufkommen bei? Die Einkommensteuer entfällt sehr stark auf die Haushalte mit den hohen Einkommen. Die reichsten zehn Prozent zahlen knapp 60 Prozent des gesamten Steueraufkommens. Hingegen zahlt die untere Hälfte der Bevölkerung mit den niedrigen Einkommen nur fünf Prozent des Einkommensteueraufkommens. Daran sieht man, dass diese Steuer sehr progressiv ist. Dabei muss man aber berücksichtigen, dass die Einkommensteuer nur knapp die Hälfte des Steueraufkommens ausmacht, die andere Hälfte entfällt auf die indirekten Steuern.
2. Wie sieht die Verteilung bei den indirekten Steuern aus? Die indirekten Steuern sind Steuern auf den Verbrauch, also die Mehrwertsteuer und die anderen Verbrauchsteuern wie Strom-, Energie- oder Tabaksteuer. Dort ist es umgekehrt. Diese Steuern haben eine regressive Belastungswirkung. Das heißt, sie belasten die Haushalte mit den niedrigen Einkommen in Relation zum Einkommen deutlich höher. Das liegt daran, dass die Haushalte mit den niedrigen Einkommen ihr ganzes Einkommen ausgeben und teilweise sogar Kredite aufnehmen, um ihren Konsum zu finanzieren. Dadurch haben sie dann natürlich hohe Konsumsteuerbelastungen, während die wohlhabenden Haushalte einen Teil ihres Einkommens sparen und das erst später konsumieren, also erst später die Konsumsteuer bezahlen.
3. Welche Einkommensgruppe ist insgesamt am höchsten belastet? Die gesamte Steuerlastverteilung ist doch erstaunlich gleichmäßig, denn auch die ganz einkommensschwachen Personen, die in der Grundsicherung sind und mit niedrigen Einkommen auskommen müssen, zahlen zwar keine Einkommensteuer, aber sie zahlen die hohen Verbrauchsteuern und sind da auch schon bei Steuerbelastungen von 20 Prozent, in den untersten Einkommensgruppen sogar noch mehr. Die Mittelschicht liegt auch etwa bei 20 bis 25 Prozent, und die Bezieher

der ganz hohen Einkommen, bei denen dann die progressive Einkommensteuer zuschlägt, haben noch höhere Steuerbelastungen. Wenn man dabei aber berücksichtigt, dass diese Personen größere Gestaltungsmöglichkeiten bei den Einkommen haben, ist dort die tatsächliche Steuerbelastung nicht unbedingt viel höher als bei den Mittelschichten. Fazit: Die Steuerbelastung ist insgesamt doch erstaunlich gleichmäßig und nur wenig progressiv.

4. Inwieweit hat sich die Steuerbelastung in den letzten Jahren verlagert? Wir hatten in den letzten Jahrzehnten einen Trend weg von den direkten Steuern, also von der progressiven Einkommensteuer, hin zu den indirekten Steuern. Das hat die Progression der Steuerlastverteilung verringert. Die staatliche Umverteilung durch das Steuersystem ist dadurch zurückgegangen, und das hat zu der zunehmenden Ungleichheit auf Ebene des Haushaltsnettoeinkommens leicht beigetragen. Wenn man das Leistungsfähigkeitsprinzip ernst nimmt, dann würde man erwarten, dass die Steuerbelastung progressiver ist. Tatsächlich aber haben wir über die indirekten Steuern eine relativ starke Belastung bei den unteren Einkommen.
5. Wie könnte man die untere Einkommensgruppe entlasten? Zur Entlastung der unteren Einkommen würde man zunächst einmal an die indirekten Steuern denken. Dass man die Personen mit einem niedrigen Einkommen bei den indirekten Steuern steuerfrei stellt, ist jedoch schwer zu organisieren. Das lässt sich aufgrund der indirekten Steuertechnik nicht machen, denn dann müsste man Transfers zahlen, was aber relativ kompliziert wäre. Deswegen denkt man hier entweder an die Einkommensteuer, bei der man den schnellen Anstieg der Steuersätze reduzieren könnte, oder an die Sozialbeiträge, bei denen man die Personen mit den kleinen Einkommen teilweise entlasten könnte. Da ist aber das Problem, dass die Sozialbeiträge ja nicht direkt im Steuersystem sind, sondern zur Finanzierung der sozialen Sicherung dienen.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf [www.diw.de/mediathek](http://www.diw.de/mediathek)

## 5. Aufgabe:

**Worin besteht der Unterschied zwischen „progressiven“ und „regressiven“ Steuern? Wie bewertet Bach das deutsche Steuersystem in dieser Hinsicht?**

## Steuern als Kostenfaktor *im Unternehmen*

Des einen Freud, des anderen Leid. Für den Staat bedeuten Steuern, Abgaben und Gebühren eine Einnahmequelle, für Steuerpflichtige zusätzliche Kosten über die eigentlichen Produktkosten hinaus. Darum wirkt jede Steuer immer auch als Lenkungssteuer, denn Haushalte und Unternehmen versuchen die Zahlung zu vermeiden, indem sie auf andere – weniger kostspielige – Alternativen ausweichen. Hier gibt die unten stehende Grafik zu denken. Danach nimmt der Staat fast zwei Drittel seiner Einnahmen über den Produktionsfaktor Arbeit ein (z. B. Lohnsteuer, Einkommensteuer, Sozialversicherungsbeiträge). Immer weniger Einnahmen entstehen seit 2003 im Bereich der Steuern auf Umweltfaktoren (z. B. Strom, Mineralöl, Kfz, Abwassergebühren).



Quelle: FÖS (2022).<sup>1</sup>

Da diese Steuern gleichzeitig Kostenfaktoren für die Produktion darstellen, haben Unternehmen einen erheblichen Anreiz, Arbeit zu rationalisieren. Umweltfaktoren werden im Vergleich dagegen wesentlich weniger mit Steuern belastet. Daher besteht für Unternehmen auf ihrer Kostenseite hier wenig Notwendigkeit, Sparmaßnahmen zu ergreifen, die der Umwelt zugutekommen würden.

<sup>1</sup> Bär/Leisinger/Runkel: Warum Umweltsteuern sinken und wie wir sie auf Klimaschutz programmieren. Hrsg. Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft. März 2022. [https://foes.de/publikationen/2022/2022-03\\_FOES\\_Steuerstruktur\\_2021.pdf](https://foes.de/publikationen/2022/2022-03_FOES_Steuerstruktur_2021.pdf)

## Vegetarier müssen mehr Steuern zahlen

**Warum an Steuern kein Weg vorbeiführt, wenn es um Klimaschutz geht, erklärt Klaus Jacob, Forschungsleiter an der Forschungsstelle für Umweltpolitik der Freien Universität Berlin. Die Fragen stellte Claudia Detsch.**

**Das Thema Klimapolitik wird in Deutschland und Europa derzeit heiß diskutiert. Dabei gerät zunehmend auch die Steuerpolitik in den Fokus. Warum sind Steuern wichtig, wenn es ums Klima geht?**



Foto: DPA

Mit Steuern lässt sich ökologisch lenken. In Deutschland allerdings ist der Anteil der Steuern, die so wirken, bislang sehr gering. Das liegt vermutlich weniger am politischen Willen, sondern an den engen Vorgaben der Finanzverfassung. Sie kennt schlicht keine Umweltsteuer. Am ehesten kommen bei uns Verbrauchssteuern in Frage. Das prominenteste Beispiel war die sogenannte ökologische Steuerreform vor mehr als zwanzig Jahren. Das waren Verbrauchssteuern auf Strom, Gas und Öl. Es ist allerdings schwer, diese Steuern auszuweiten. Das Verfassungsgericht hat enge Grenzen gesetzt in der Frage, was als Verbrauchssteuer gelten kann.

**So wie die Mehrwertsteuer derzeit ausgestaltet ist, schafft sie ökologisch falsche Anreize, kritisieren Sie. Warum?**

Die Mehrwertsteuer unterscheidet zwischen unterschiedlichen Sätzen: einem reduzierten Satz von 7 Prozent und einem regulären von 19 Prozent. Auf Fleisch wird derzeit der reduzierte Mehrwertsteuersatz erhoben. Aus Umwelt- und Gesundheitssicht ist diese Subventionierung von Fleisch und Produkten tierischer Herkunft problematisch. Besser wäre eine normale Besteuerung.

**Eine solche Erhöhung der Mehrwertsteuer träfe Menschen mit geringem Einkommen vergleichsweise stärker.**

Klar, die Mehrwertsteuer wirkt besonders regressiv. Man hat nicht wie bei der Einkommenssteuer Freibeträge oder einen progressiven Satz. Man könnte zum Ausgleich den reduzierten Satz für Produkte pflanzlicher Herkunft wie Hafermilch oder für Biofleisch erheben, für die bislang der volle Steuersatz fällig wird. Oder sogar einen dritten, noch niedrigeren Mehrwertsteuersatz für pflanzliche Produkte einführen.

**Läuft man damit nicht Gefahr, dass Wohlhabende weiterhin ungestört ihr Steak essen und Geringverdiener ungewollt zu Vegetariern werden?**

Abgesehen von den enormen externen Kosten der Fleischproduktion, die natürlich auch die Allgemeinheit trägt, sind die Auswirkungen eines reduzierten Fleischkonsums auf die Gesundheit ganz erheblich. Das kommt den Verbrauchern zugute.

**Sie empfehlen auch niedrigere Steuersätze als Kaufanreiz für sparsame Elektrogeräte. Aber diese Geräte sind bei der Neuanschaffung immer noch relativ teuer. Begünstigt das nicht auch stärker Menschen mit einem soliden Einkommen?**

Über die Lebenszeit hinweg verbrauchen diese Geräte weniger Energie und verursachen damit geringere Kosten. Geräte, die zwar in den Investitionskosten höher sind, aber in den Betriebskosten dann lange Zeit niedriger, nutzen also auch Menschen mit geringerem Einkommen. Und der Staat kann unterstützen. In Deutschland gab es z.B. eine Abwrackprämie für Kühlschränke. Einkommensschwache Menschen konnten Zuschüsse bekommen.

### **Wenn klimaschädliche Produkte höher und klimafreundliche niedriger besteuert werden – wie sieht die Bilanz unterm Strich aus?**

Das lässt sich wegen der Vielzahl der Maßnahmen nur schwer beziffern, aber die CO<sub>2</sub>-Einsparungen wären insgesamt erheblich. Bei Änderungen der Mehrwertsteuer riskiert man allerdings, dass Produkte, die dann hierzulande nicht mehr konsumiert werden, in den Export gehen. Die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland, vor allem die Fleischproduktion, ist ohnehin sehr exportorientiert. Da würde die Reform der Mehrwertsteuer mit Blick auf die Globalbilanz natürlich nicht greifen. [...]

### **Bei diesen Vorschlägen steht der Verbraucher im Vordergrund. Wo kommt die Industrie ins Spiel? Müsste sie Wettbewerbsnachteile befürchten? Oder würden Produktionsverlagerungen ins Ausland drohen?**

Tendenziell wird diese Gefahr überbewertet. In Dänemark, Schweden, Großbritannien hatte die Besteuerung der Baustoffe nicht den Zusammenbruch der dortigen Baustoffindustrie zur Folge. Da hat sich im Außenhandel überhaupt nichts getan. Wenn man anfangs, den Verbrauch von Stahl zu besteuern, könnte das jedoch als Anreiz wirken, aus Stahl gefertigte Produkte im Ausland zu produzieren. Sollte europaweit versucht werden, die industrielle Produktion stärker nach ökologischen Gesichtspunkten zu besteuern, wären mögliche Wettbewerbsnachteile gegenüber nichteuropäischen Konkurrenten nicht ganz von der Hand zu weisen. Dann braucht man eben den CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich. [...]

### **Warum sehen Sie die Besteuerung von Baumaterialien in England, Schweden und Dänemark als ein positives Beispiel?**

Rund 50 Prozent der Treibhausgasemissionen werden durch die Herstellung und die Verarbeitung von Materialien verursacht. Energie und Verkehr, wo fossile Treibstoffe verbrannt werden, damit man Strom, Wärme oder Fortbewegung erhält, sind wichtig, ganz klar. Aber man muss auch auf Materialien und Produkte achten. Daran sind enorm viele Treibhausgasemissionen gebunden und sie explodieren global geradezu. [...]

### **Dann wird Bauen teurer...**

Ja, wird es. Aber wir müssen auch ehrlich sein. Kann man die Klimawende schaffen, wenn man immer mehr, immer größer baut mit dem Material Zement? Wohl kaum. Zudem gibt es ja Alternativen. Man könnte stärker auf Recycling setzen und mehr Altbausanierung vornehmen, das braucht viel weniger Materialien. Man kann andere Baustoffe wie Holz nutzen. Ich plädiere dafür, Zement und in der Folge Beton und insgesamt Bauen, Wohnen und Infrastruktur mit realistischen Preisen zu belegen. Wir müssen uns überlegen, wie man die eingesparten Gelder für Armutsbekämpfung und soziale Teilhabe einsetzen könnte.

### **Wir stehen vor einem Dilemma: Einerseits müssen die Preise klimaschädlicher Produkte die Folgen widerspiegeln. Andererseits dürfen die Auswirkungen entsprechender Reformen nicht einkommensschwache Menschen überfordern.**

Bei der Debatte um die Verteilungswirkung muss man prüfen, wer eigentlich von umweltschädlichen Subventionen profitiert und wer darunter leidet. Typischerweise leiden diejenigen überproportional unter den Belastungen des Verkehrs, die nicht mit dem Auto fahren – oftmals Ältere und Kinder. Und es sind häufig Menschen mit migrantischem Hintergrund, Menschen mit geringen Einkommen, die an stark befahrenen Straßen wohnen. Umgekehrt sind es die Gutverdiener, die beispielsweise von der Dienstwagenbesteuerung profitieren. Wenn Sie ein Auto haben, es in den Firmenbesitz geben und es 90 Prozent privat nutzen, können Sie dennoch die Vorsteuer komplett abziehen. Das ist eine enorme Subvention für diejenigen, die sich ein neues Auto leisten können und einen Dienstwagen gestellt bekommen. Das sind meist Leute, die mehr verdienen als der Durchschnitt. Über das gesamte Spektrum umweltschädlicher Subventionen könnte mit Blick auf die Verteilungswirkung viel Positives bewirkt werden.

**Bislang scheint es allerdings einen gewissen Unwillen zu geben, sich dem Thema Subventionen stärker zuzuwenden.**

Das kann ich auch nachvollziehen. Das liegt an der Art und Weise, wie diese Debatte geführt wird. In der Regel bleibt bei den Menschen hängen, dass sie mehr Steuern bezahlen sollen, sei es auf Luftverkehr und private Mobilität oder durch Abschaffung der Entfernungspauschale und des reduzierten Satzes für Fleisch. Es läuft regelmäßig darauf hinaus, dass Menschen mehr Einkommens- oder Mehrwertsteuer bezahlen sollen. Und das ist natürlich unpopulär. Mehrere politische Parteien haben sich darauf festgelegt, genau diese Debatte nicht zu führen.

**Wie ließe sich das ändern?**

Es kommt darauf an, was man mit den zusätzlichen Erträgen macht. Sie dürfen nicht einfach im Staatshaushalt verschwinden. Wir müssen uns überlegen, wie man die eingesparten Gelder für Armutsbekämpfung und stärkere soziale Teilhabe einsetzen könnte. Die 6 Milliarden Euro, die die Entfernungspauschale den Staat pro Jahr kostet, entsprechen rein zufällig genau dem Betrag, den private Haushalte jährlich für ÖPNV-Tickets ausgeben. Wenn man den ÖPNV so subventioniert, dass diese Tickets nicht mehr bezahlt werden müssten, dann würde man vielen Menschen etwas Gutes tun. [...]

**Bislang scheint die Wende vom Fokus auf einzelne Produkte wie Fleisch oder Flugverkehr hin zu einer verteilungspolitischen Debatte nicht zu gelingen. Warum verharrt die Politik derart in der Defensive?**

Ja, beklagenswert! Ich sehe aber auch die Schwierigkeiten der Kommunikation. Beispiel ökologische Steuerreform: Man erhöht die Steuern auf Benzin oder Heizöl und zahlt das Geld in die Rentenkasse ein, um den Anstieg der Rentenbeiträge zu begrenzen. Das wurde vom politischen Gegner ausgeschlachtet.

**Die Mehrkosten spürt man als Verbraucher eben gleich. Die Stabilisierung der Renten ist erstmal etwas Abstraktes.**

Es gibt einen Unterschied zwischen der technischen Perspektive, wie man umverteilt, und der kommunikativen Perspektive, dem, was Politikerinnen und Politiker in der Öffentlichkeit als Begründung anführen. Diese Übersetzungsleistung ist nicht trivial. Auch da können wir von anderen Ländern lernen: Ich war erstaunt zu sehen, wie sehr in Südamerika und Afrika Umweltpolitik mit sozialen Zielen verbunden wird. Hierzulande diskutiert man über Umweltpolitik zur Förderung von Wirtschaft und Innovation, dort über Umweltpolitik zur Armutsbekämpfung. Man schafft Zugang zu bezahlbarem Strom, Licht, Wärme, Haushaltsgeräten durch Umverteilungspolitik. Es gibt viele Beispiele dafür, wie man soziale Ziele und Umweltziele miteinander verknüpfen kann. Hier sehe ich Deutschland eher als ein Entwicklungsland.

**Welche Auswirkungen haben solchen Reformen auf den Arbeitsmarkt?**

Die mehrwertsteuerliche Begünstigung der energetischen Sanierung von Häusern würde zu positiven Beschäftigungseffekten führen. Auch bei den Reparaturdienstleistungen würden durch die o.g. Anreize Arbeitsplätze geschaffen.

**Diese Vorschläge gehen Hand in Hand mit dem von der EU angestrebten Einstieg in die Kreislaufwirtschaft. Bei uns wird das Thema aber bislang noch sehr wenig diskutiert.**

In Europa ein bisschen mehr als in Deutschland. Aus meiner Sicht sind diese Dinge untrennbar miteinander verbunden. Das 1,5-Grad-Ziel wird man nicht erreichen können, wenn der Material- und Ressourceneinsatz in der Volkswirtschaft auf dem aktuellen Niveau verharrt. Und da kommt eben wieder die Steuerpolitik ins Spiel.

Quelle: <https://www.ipg-journal.de/rubriken/wirtschaft-und-oekologie/artikel/sexy-sind-sie-nicht-5363/>



**6. Aufgabe:**

a) Was bedeutet die Überschrift des Artikels?

b) „Die deutsche Finanzverfassung kennt keine Umweltsteuern“, sagt Klaus Jacob. Welche Kategorien von Steuern sind in Deutschland vorgesehen?

c) Erläutern Sie Möglichkeiten, Steuern ökologischer auszurichten.

d) Welche Vorschläge macht Klaus Jacob, damit die Mehrbelastungen durch Steuern einkommensschwache Haushalte nicht überfordern?

**7. Aufgabe:**

Betrachten Sie noch einmal die vorangehenden Texte und Grafiken und stellen Sie in einer Tabelle Vor- und Nachteile von ökologischen Steuern gegenüber.

## Hinweise für Lehrpersonen:

Die vorliegenden Unterrichtsmaterialien integrieren die nachhaltige/strukturorientierte Sichtweise in das Unterrichtsthema Wirtschaftspolitik. Sie orientieren sich am Niveau der Fachhochschulreife, können aber auch in Gymnasialklassen eingesetzt werden. Herkömmliche Lehrbücher aller einschlägigen Bildungsgänge behandeln hier üblicherweise ausschließlich die wachstumsorientierten Wirtschaftskonzepte der Nachfrage- und Angebotsorientierung. Wenn auf die Grenzen des Wachstums eingegangen wird, dann geschieht dies – wenn überhaupt – an anderer Stelle. Um nachhaltige Alternativen zur Wachstumspolitik aufzuzeigen, sollten diese Konzepte aber parallel behandelt und diskutiert werden.

## Eingangsfolien:



Quelle: Bild aus dem russischen Zarenreich Peters des Großen.

Der Unterrichtseinstieg erfolgt über zwei Folien, die das Thema „Steuern“ historisch beleuchten. Da in der Geschichte der Menschheit die von Despoten erhobenen und von unterdrückten Volk zu erbringenden Steuern in der Mehrheit sind, haftete dem Begriff im Alltag wohl schon immer etwas Negatives an. Wer zahlt schon gerne Steuern? Das erste Beispiel zeigt einen Holzschnitt aus dem russischen Zarenreich Peters des Großen. Dem westlich orientierten Herrscher missfiel die in Russland unter reichen Bürgern und Adeligen verbreiteten Brauch langer Bärte. Sie galten als Zeichen großen Reichtums und Macht. Mit einer Bartsteuer wollte Zar Peter Anreize für eine Modernisierung Russlands setzen und gleichzeitig das Steueraufkommen erhöhen.



Burg Kollmitz (Niederösterreich), 1672



Burg Kollmitz, heute

Quelle: Wikipedia, https://commons.wikimedia.org/wiki/Burg\_Kollmitz

Die Suche nach ergiebigen Finanzquellen motivierte Ende des 18. Jahrhunderts auch den Kaiser Österreich-Ungarns, Joseph II., dazu, eine „Dachsteuer“ zu erheben, die in Abhängigkeit vom überdachten Grundbesitz erhoben wurde. Diese Form der Vermögensteuer sollte dazu dienen, die Besitzenden an der Finanzierung des Staatswesens zu beteiligen. Ein Ergebnis der Steuer war allerdings, dass die Steuerpflichtigen ungenutzte Gebäude abdeckten. Dies traf insbesondere auf der Zeit gefallene Burgen, weshalb gerade im Habsburgerreich alte, nutzlos gewordene Burgen der Witterung ausgesetzt wurden und besonders schnell verfielen.

Die Eingangsbeispiele illustrieren beide zwei Funktionen von Steuern: Aufkommens- und Lenkungsfunktion. Beide Steuern sollten die Vermögenden treffen. Im Falle der Bartsteuer war die Lenkungswirkung seitens des Zaren intendiert. In Österreich führten die Ausweichhandlungen der Steuerpflichtigen zum Abschmelzen des Steueraufkommens, was vom Kaiser so nicht gewollt war. Der Zielkonflikt zwischen Lenkungs- und Aufkommensfunktion von Steuern gilt prinzipiell für jede Steuer.



Lösungen der 3. Aufgabe:

a)

| <b>Verbrauchssteuern</b>   | <b>Ertragsteuern</b>   | <b>Substanzsteuern</b>                   |
|--|--|--|
| <i>Umsatzsteuer,<br/>Schaumweinsteuer,<br/>Energiesteuer,<br/>Lotteriesteuer,<br/>Grunderwerbsteuer,<br/>Biersteuer,<br/>Versicherungssteuer</i> | <i>Lohnsteuer,<br/>Kapitalertragsteuer,<br/>Solidaritätszuschlag,<br/>Abgeltungsteuer,<br/>Körperschaftsteuer,<br/>Gewerbesteuer</i> | <i>Grundsteuer,<br/>Erbschaftsteuer,</i> |

b1) Die Stadt Monheim hat ihren Gewerbesteuerhebesatz so weit gesenkt, dass sich viele Unternehmen mit ihrem Firmensitz dort ansiedeln, um Steuern zu sparen. Das ruft den Ärger anderer Gemeinden hervor, denen Steuereinnahmen wegbrechen, wenn die ansässigen Unternehmen ihren Firmensitz verlegen. Man spricht (auch international) von Steueroasen, wenn Unternehmen nur aus Steuervermeidungsgründen ihren Firmensitz verlegen.

b2) Die Grundsteuer sollte am Wert von Immobilien orientiert sein. Da sich Immobilienmärkte im Laufe der Jahrzehnte stark verändern, verändert sich auch der Wert von Immobilien. Darum sah das alte Grundsteuergesetz eine Neubewertung alle 6 Jahre vor. Da dies seit Jahrzehnten nicht erfolgt ist, waren die Grundsteuersätze nicht mehr zeitgemäß. Das Bundesverfassungsgericht verlangt vom Gesetzgeber daher eine Neuregelung.

b3) Während der Corona-Lockdowns brachen Unternehmen im Bereich Tourismus und Gastronomie die Einnahmen komplett weg. Neben Unterstützungszahlungen beschloss der Gesetzgeber eine vorübergehende Absenkung der Mehrwertsteuersätze auf Restaurant-Speisen. Diese läuft Ende 2023 aus und würde eine Preisanhebung in der Gastronomie erfordern. Die Interessensverbände der Branche befürchten ein Ausbleiben von Nachfrage und den Ruin von gastronomischen Betrieben.

c) Die sozialen Auswirkungen von Verbrauchssteuern sind in der Regel regressiv. Das heißt, da es keine „Freibeträge“ gibt, verteuern sich Produkte durch die auferlegten Steuern für alle Konsument\*innen. Einkommensschwache Haushalte leiden dabei prinzipiell mehr unter der Konsumverteuerung als einkommensstarke Bevölkerungsgruppen. Allerdings ist die Verteilungswirkung auch vom konkreten Steuergegenstand abhängig. Eine Schaumweinsteuer wird vermutlich eher einkommensstarke Haushalte belasten als die Biersteuer. Dasselbe gilt insofern für die Energiesteuer, als Energiekosten am Warenkorb einkommensschwacher Haushalte mehr Anteil haben als andere Gütergruppen.

Ertragsteuern hingegen sind verteilungspolitisch progressiv, insbesondere im Bereich der steigenden Steuerprogression der Einkommensteuer (im Verbund mit den proportional zum Einkommen erhobenen Sozialbeiträgen ist unser Steuersystem jedoch im Bereich der Reichensteuer wiederum regressiv, d. h. der prozentuale Gesamtanteil von Steuern und Abgaben am Einkommen sinkt mit steigendem Einkommen).

Substanzsteuern treffen hingegen fast ausschließlich „reiche“ Haushalte, da Mehrheit der deutschen Bevölkerung über kein nennenswertes Vermögen verfügt. Ausnahme bildet hier die Kfz-Steuer.

**Steuerprogression**

In Deutschland wird bei Lohn- und Einkommensteuer ein progressiver Steuertarif angewendet. Das heißt, je höher das Einkommen ist, desto höher ist der Steuersatz. Die Steuerprogression zeigt, dass die Steuerlast mit steigendem Einkommen stärker ansteigt als das Einkommen selbst. Dies ist ein Merkmal für eine progressive Besteuerung.

**Ausgangspunkt für die Prüfung der Steuerlast:** Die Steuerlast ist der Prozentsatz des Einkommens, der als Steuer entrichtet werden muss. Sie wird durch den Quotienten aus der Steuer und dem Einkommen berechnet.

**Beispiel:** Bei einem Einkommen von 20.000 Euro beträgt die Steuerlast 11.604 Euro (58%). Bei einem Einkommen von 300.000 Euro beträgt die Steuerlast 288.396 Euro (96%).

Eine der komplizierten Steuern in Deutschland ist die Lohn-/Einkommensteuer. Da sie eine derjenigen ist, mit denen Lernende am meisten in Berührung kommen und die Konstruktion sozialpolitisch von Bedeutung ist, sollte sie genauer erläutert werden. Erfahrungsgemäß sind sowohl der „Steuerfreibetrag“ als auch die „Progression“ sehr erklärungsbedürftig. Den Lernenden ist in der Regel nicht bekannt, dass das Existenzminimum steuerfrei gestellt ist – vor allem auch für alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrem Gesamteinkommen. Das bedeutet, dass vom Jahresverdienst der Steuerfreibetrag immer abgezogen werden muss.

Noch schwieriger ist die Erfassung der Progression: Mit steigendem Einkommen werden nur zusätzlich verdiente Euros mit steigenden Sätzen besteuert (bis zum Spitzensteuersatz von 42%).

Es steht zu erwarten, dass etliche Lernende in Aufgabe c dennoch das komplette Einkommen mit 14% multiplizieren. An Hand des Rechenbeispiels kann die Funktionsweise der Steuerprogression jedoch gut erläutert werden.

Die Steuerprogression ist als Element einer einkommensabhängig abgestuften Besteuerung Teil der Sozialpolitik. Die Einsicht in die sozialen Ziele des Fiskalstaates könnte ein Stück weit das Image von Steuern und Steuermoral an sich verbessern.

Das Arbeitsblatt muss jährlich an die neuen Besteuerungsgrenzen angepasst werden.

**Lösungen 4. Aufgabe:**

- a)  $20\,000 - 11\,604 = 8\,396$  Euro (2023)
- b)  $300\,000 - 11\,604 = 288\,396$  Euro
- c)  $11\,605 - 11\,604 = 1$  Euro => 14 Cent Steuerlast

**Interview mit Stefan Bach**

„Die Steuerbelastung ist insgesamt erstaunlich gleichmäßig.“

Das Interview mit dem DIW-Volkswirt Stefan Bach dient der Erläuterung der Verteilungswirkung von Steuern in progressive, gleichmäßige und regressive. Es soll den Fehler der Diskussion um „Ökosteuern“ der vergangenen 30 Jahre vermeiden, welche meist lediglich auf die ökologische Lenkungswirkung abhob und dabei übersah, dass Umweltsteuern in vielen Fällen gerade einkommensschwache Haushalte belasten. Das führte zu politischen und medialen „Benzinwutkampagnen“.

Wenn das Steuersystem ökologisiert werden soll, muss diese Diskussion auch im Unterricht geführt werden, weil sie sonst ein elitäres Thema gut situerter Gesellschaftsschichten verbleibt.

Das Interview mit dem DIW-Volkswirt Stefan Bach dient der Erläuterung der Verteilungswirkung von Steuern in progressive, gleichmäßige und regressive. Es soll den Fehler der Diskussion um „Ökosteuern“ der vergangenen 30 Jahre vermeiden, welche meist lediglich auf die ökologische Lenkungswirkung abhob und dabei übersah, dass Umweltsteuern in vielen Fällen gerade einkommensschwache Haushalte belasten. Das führte zu politischen und medialen „Benzinwutkampagnen“.

Wenn das Steuersystem ökologisiert werden soll, muss diese Diskussion auch im Unterricht geführt werden, weil sie sonst ein elitäres Thema gut situerter Gesellschaftsschichten verbleibt.

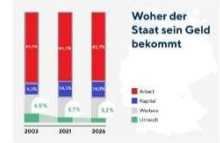
**Lösung zur 5. Aufgabe:**

Progressive Steuern belasten vor allem Gutverdiener, während regressive Steuern vor allem einkommensschwache Haushalte treffen. Bach bewertet das deutsche Steuersystem als „gleichmäßig“, d. h. es ist weder progressiv noch regressiv. Alle Haushalte zahlen insgesamt etwa den gleichen Anteil an ihrem Einkommen als Steuern an den Staat zurück. Damit fehlt die angestrebte soziale Ausgewogenheit des progressiven Steuertarifs, der nur in der Lohn-/Einkommensteuer greift.



**Steuern als Kostenfaktor im Unternehmen**

Die vier Bestandteile des Erlöses sind für den Staat indirekte Steuern, Abgaben und Beiträge sowie Einkommensteuer. Die Umsatzsteuer stellt den größten Teil dar. Die Ertragsteuer (Einkommensteuer für natürliche und juristische Personen) ist der zweitgrößte. Die Körperschaftsteuer (KSt) ist die dritthöchste Steuerart. Der Anteil der Umsatzsteuer am Erlös ist in den letzten Jahren leicht gestiegen. Die Körperschaftsteuer hat sich in den letzten Jahren leicht verringert. Die Einkommensteuer ist der kleinste Bestandteil des Erlöses. Der Rest des Erlöses entfällt auf die Ausschüttungen an die Eigentümer/Inhaber der Unternehmen.



Quelle: IFRS (2012)  
Die Grafik zeigt den prozentualen Anteil der verschiedenen Steuern an den Einnahmen des Bundes. Die Ertragsteuern (Einkommensteuer und Körperschaftsteuer) sind die größten Steuerarten. Die Körperschaftsteuer hat sich in den letzten Jahren leicht verringert, während die Einkommensteuer leicht gestiegen ist. Die Umsatzsteuer ist der zweitgrößte Bestandteil der Einnahmen.

Quelle: IFRS (2012)  
Die Grafik zeigt den prozentualen Anteil der verschiedenen Steuern an den Einnahmen des Bundes. Die Ertragsteuern (Einkommensteuer und Körperschaftsteuer) sind die größten Steuerarten. Die Körperschaftsteuer hat sich in den letzten Jahren leicht verringert, während die Einkommensteuer leicht gestiegen ist. Die Umsatzsteuer ist der zweitgrößte Bestandteil der Einnahmen.

Die Diskussion um Steuern als Kostenfaktor für Unternehmen war in den 1990er Jahren einer der Hauptgründe für das aufkommende Interesse an „Ökosteuern“. Wegbereitend war der Schweizer Ökonom Hans-Christoph Binswanger in der 80er Jahren mit seiner Publikation „Arbeit ohne Umweltzerstörung“. Seine Argumentation bildete den Hintergrund der „Ökologischen Steuerreform“ (1999/2002) der rot-grünen Bundesregierung unter Kanzler Schröder. Die Einführung der Stromsteuer und Erhöhung der Mineralölsteuer auf der einen Seite sowie die Senkung der Rentenversicherungsbeiträge auf der anderen Seite versprachen eine „doppelte Dividende“ aus weniger Umweltverbrauch und weniger

Arbeitslosigkeit. Greenpeace berechnete in einer Studie seinerzeit eine Senkung der Arbeitslosen um eine halbe Million. Weitere Stufen der ökologischen Steuerreform blieben unter den Nachfolgeregierungen aus, auch weil in der BILD-Zeitung die sogenannte „Benzinwut-Kampagne“ lanciert wurde, die die Argumente von Industrie- und Mineralölverbänden sowie der politischen Opposition aufgriffen. Da Strom- und Mineralölsteuer als Mengensteuer konzipiert wurden, nahm ihr Aufkommen seit 2003 nicht mehr zu, sondern ging mit steigenden Weltmarktpreisen für Rohöl immer weiter zurück.

Tatsächlich unterschätzt die Grafik des FÖS sogar die Diskrepanz der Kostenwirkung von Arbeitssteuern und Umweltsteuern. Denn die meisten Steuern auf Kapital werden auf den Unternehmensgewinn erhoben, das Residual aus Erträgen und Aufwendungen, und sind damit nicht kosteneffektiv. Darüber hinaus kommt die Mehrwertsteuer noch zusätzlich auf den Endpreis und verteuert proportional insbesondere Güter mit hohem Arbeitskostenanteil (wie z. B. Dienstleistungen, Handwerk, Reparaturen). Der seit Jahrzehnten unveränderte Druck auf den Faktor Arbeit wird durch das Steuersystem bis heute erheblich verstärkt.

Wissenschaft und Politik (22.02.2022)

**Vegetarier müssen mehr Steuern zahlen**

Wieso es Taxen kein Witz vorstellbar, wenn es um Klimaschutz geht, ist ein Missverständnis. Die CO<sub>2</sub>-Preisung ist ein Instrument zur Umverteilung des Nationalen Einkommens. Die CO<sub>2</sub>-Preisung ist ein Instrument zur Umverteilung des Nationalen Einkommens. Die CO<sub>2</sub>-Preisung ist ein Instrument zur Umverteilung des Nationalen Einkommens. Die CO<sub>2</sub>-Preisung ist ein Instrument zur Umverteilung des Nationalen Einkommens.

Die CO<sub>2</sub>-Preisung ist ein Instrument zur Umverteilung des Nationalen Einkommens. Die CO<sub>2</sub>-Preisung ist ein Instrument zur Umverteilung des Nationalen Einkommens. Die CO<sub>2</sub>-Preisung ist ein Instrument zur Umverteilung des Nationalen Einkommens. Die CO<sub>2</sub>-Preisung ist ein Instrument zur Umverteilung des Nationalen Einkommens.

Die CO<sub>2</sub>-Preisung ist ein Instrument zur Umverteilung des Nationalen Einkommens. Die CO<sub>2</sub>-Preisung ist ein Instrument zur Umverteilung des Nationalen Einkommens. Die CO<sub>2</sub>-Preisung ist ein Instrument zur Umverteilung des Nationalen Einkommens. Die CO<sub>2</sub>-Preisung ist ein Instrument zur Umverteilung des Nationalen Einkommens.

Die CO<sub>2</sub>-Preisung ist ein Instrument zur Umverteilung des Nationalen Einkommens. Die CO<sub>2</sub>-Preisung ist ein Instrument zur Umverteilung des Nationalen Einkommens. Die CO<sub>2</sub>-Preisung ist ein Instrument zur Umverteilung des Nationalen Einkommens. Die CO<sub>2</sub>-Preisung ist ein Instrument zur Umverteilung des Nationalen Einkommens.

Die CO<sub>2</sub>-Preisung ist ein Instrument zur Umverteilung des Nationalen Einkommens. Die CO<sub>2</sub>-Preisung ist ein Instrument zur Umverteilung des Nationalen Einkommens. Die CO<sub>2</sub>-Preisung ist ein Instrument zur Umverteilung des Nationalen Einkommens. Die CO<sub>2</sub>-Preisung ist ein Instrument zur Umverteilung des Nationalen Einkommens.

Das Interview mit Klaus Jacob fokussiert auf die ökologische Lenkungswirkung von Umweltsteuern. Dabei geht es recht offen mit den sozialen Schiefen um, die bei der Umschichtung von Steuern hin zu wirksamen Umweltsteuern auftreten können. Anmerkung: Den Originaltitel „Sexy ist sie nicht“ habe ich durch einen didaktisch ergiebigeren Titel ersetzt, der im Original ein Bilduntertitel war. Neben den von mir vorgenommenen Kürzungen empfiehlt sich eine weitere Kürzung für Lernende mit schwächerer Lesekompetenz.

- Lösungen der 6. Aufgabe:  
a) Es gibt Verbrauch-, Ertrag- und Substanzsteuern.

b) Man hat bereits Verbrauchsteuern auf Öl, Gas und Strom erhoben. Steuern sollten auch auf Baumaterialien erhoben werden, vor allem Zement. Die Mehrwertsteuer müsste ökologische Produkte oder Reparaturen begünstigen, durch den reduzierten Steuersatz oder einen neuen Steuersatz für vegane Produkte. Außerdem müssten Steuervergünstigungen für Gutverdiener abgeschafft werden, z. B. die Steuererleichterungen für Dienstwagen.

c) Wichtig ist, dass zusätzliche Steuern „nicht einfach im Staatshaushalt verschwinden“, sondern erkennbar für Entlastung an anderer Stelle genutzt werden. Einkommensschwache Haushalte können Zuschüsse zum Kauf energiesparender Geräte bekommen. Statt Entfernungspauschale auf PKWs könnte der ÖPNV subventioniert werden. In der Vergangenheit dienten die Einnahmen aus Energiesteuer zur Reduzierung der Rentenbeiträge.

Lösungen zur 7. Aufgabe:

| <b>Vorteile von ökologischen Steuern</b>  | <b>Nachteile von ökologischen Steuern</b>  |
|---|--|
| + Anreiz für Unternehmen und Haushalte Ressourcenverbräuche und Umweltbelastungen zu reduzieren.  | - Ökologische Steuern sind meistens Verbrauchsteuern. Damit haben sie eine regressive Wirkung, verteuern tendenziell die Lebenshaltungskosten einkommenschwacher Haushalte überproportional. |
| + Unternehmen produzieren langlebigere Güter.   | - Die Akzeptanz in der Bevölkerung ist daher bisher recht gering. Das hat aber auch mit politischen Kampagnen und mangelnder Einsicht zu tun.  |
| + Wenn gleichzeitig Steuern auf Arbeit vermindert werden, sinkt der Rationalisierungsdruck auf Arbeit, außerdem werden Reparaturen von Gebrauchsgütern lohnender. |  |